

Bericht über die Iran-Reise

**von Nationalrat Geri Müller
und Nationalrat Daniel Vischer**

Vom 31. Januar bis 6. Februar 2007

Zu Handen der APK

Baden, 6. März 2007

Verfasser: Rahel Laube

Einleitung

Die Reise von Nationalrat Geri Müller und Nationalrat Daniel Vischer in den Iran vom 31. Januar bis zum 6. Februar 2007 kann als „factsfinding mission“ bezeichnet werden. Ziel war es, den Iran persönlich zu besuchen, um sich ein Urteil über die aktuelle Lage des Landes zu bilden. Natürlich war dies in dieser kurzen Zeit nicht vollständig möglich, doch es erlaubte den beiden Reisenden, andere Eindrücke, als jene von westlichen Medien vermittelt, zu erhalten und damit besser in einer geplanten Iran-Konferenz in der Schweiz einen neutralen Part zu übernehmen.

Im Programm stand, neben Gesprächen mit Parlamentariern in Teheran, ein eintägiger Ausflug mit Übernachtung nach Isfahan, welcher den kulturellen Aspekt der Reise ausmachte. Die Kulturstadt des Islams beeindruckte mit zahlreichen architektonischen Meisterwerken wie Moscheen, Plätzen und selbst dem Hotel, welches als alter Karawanenseraill zu einem „Museum im Museum“ verwandelt wurde.

Zurück in Teheran fanden Gespräche mit Parlamentariern in Bereichen der Nationalen Sicherheit und der Aussenpolitik, der Bildung, der Umweltpolitik und mit einem Vertreter der Rechtskommission statt. Das Programm, organisiert durch das iranische Parlament, ermöglichte es Herrn Nationalrat Müller und Herrn Nationalrat Vischer zudem, sich mit Herrn Jalili, dem stellvertretenden Aussenminister für Europa und Amerika, zu treffen.

Am Sonntag durften die Herren Nationalräte der Einladung zum Mittagessen bei Herrn Botschafter Welti folgen.

Bei mehreren Treffen kam Irans Atomprogramm zur Sprache, wobei die iranischen Gesprächspartner stets ihr Recht auf die friedliche Nutzung betonten. Oft war ein leichter Vorwurf an den Westen zu spüren, welcher den Iran zu Unrecht zu isolieren versuche und welcher die Leistungen der iranischen Republik nicht anerkennen wolle. Der Iran habe seit 1714 keinen Angriffskrieg mehr geführt und sei trotzdem im achtjährigen Krieg gegen den Irak und seinen Diktator Saddam Hussein vom Westen im Stich gelassen worden. Zudem kämpfe der Iran seit Jahren gegen den Drogenhandel, der sich mit der US-Invasion in Afghanistan nur noch verschlimmert habe. Weder für diese Leistung noch für die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge aus Afghanistan und Irak erhalte der Iran Anerkennung durch den Westen. Der Iran erwähnt seine stabilisierende Rolle im Pulverfass Mittlerer Osten und verurteilt die Strategie der USA im Irak und in Israel.

Innenpolitisch wird von den iranischen Gesprächspartner vor allem das Bildungssystem gepriesen, welches einen, auch in einem westlichen Vergleich, enormen Frauenanteil aufweist. Obwohl gesetzlich strenge Vorschriften bezüglich der weiblichen Bekleidung bestehen, tragen nur 50% der Frauen einen Tschador. In Teheran fällt auf, dass die Mantellängen der Frauen sehr stark variieren und viele Kopftücher ganz und gar nicht alle Haare zum Verschwinden bringen. Bei den parlamentarischen Gesprächen wird zwar die Anerkennung universeller Menschenrechte, die allerdings mit der Sharia kompatibel sein müssen, bekräftigt, doch kommt es zu keiner konkreten Diskussion über die Rolle der Frau.

Betreffend des politischen Systems im Iran wird erklärt, dass im iranischen Parlament sogar in einem westlichen Sinn fortschrittliche Vorlagen, bspw. der Erlaub eines

Schwangerschaftsabbruches, eine Mehrheit gewinnen können, diese aber oftmals vom islamischen Wächterrat zurückgewiesen werden. Die iranischen Parteien lassen sich nicht nach den gleichen Ideologie- und Programmmerkmalen wie im Westen auf einer Links-rechts-Achse einordnen. Es wird deutlich, dass der aktuelle Präsident Ahmadinejad als rechts eingestuft wird und Reformisten wie Kathami als links bezeichnet werden.

Auf die wirtschaftliche Lage wird bei keinem der Gespräche eingegangen. Bei den Fahrten durch Teheran stechen einige Bauruinen ins Auge, welche einen etwas verwaorlosten Eindruck vermitteln. Die unzähligen Parkanlagen sehen aber gut gepflegt aus und das rege Treiben auf den Strassen lässt die Stadt lebendig erscheinen.

Gespräche mit iranischen Parlamentariern in Teheran

Treffen mit Herrn Aleaddin Boroujerdi

am 3.2.2007 um 11:30 Uhr

Vorsitzender der Kommission für Nationale Sicherheit und Ausländische Angelegenheiten



Als erstes präsentiert Herr Boroujerdi die aktuelle Situation der innenpolitischen, ausserpolitischen und energiepolitischen Konflikte im Iran.

Die innenpolitischen Konflikte in Bezug auf Terrorismus beschränken sich auf die Aktivitäten der MKO, einer Oppositionsbewegung, welche mehrere Morde, auch an Parlamentariern, begangen hat. Das viel grössere Problem ist

der Drogenhandel, der seit der US-Invasion in Afghanistan noch mehr floriert. Dieses Problem leitet über zu den ausserpolitischen Konflikten, nämlich zum Krieg in Afghanistan und zum Krieg im Irak. Aus dem ersteren beherbergt der Iran eine grosse Anzahl Flüchtlinge und ist bestrebt, durch Unterstützung verschiedener Projekte in Afghanistan dem Land zur Stabilisierung zu verhelfen. Auch im Irak wünscht sich der Iran so schnell wie möglich Ruhe und Frieden. Speziell dort wird Kritik an den Amerikanern laut, die ohne UNO-Mandat in das Nachbarland einmarschiert sind. Ebenfalls bemüht sich der Iran um eine Lösung für Sicherheit und Prosperität im Libanon. Die Beziehungen zum libanesischen Präsidenten seien gut. Es seien aber die libanesischen Regierungsverantwortlichen und auch die anderer Länder gefordert, an einer Lösung mitzuarbeiten. In der Palästina-Frage vertritt der Iran seit langem die gleiche Meinung, nämlich dass den Flüchtlingen das Rückkehrrecht zugesprochen werden sollte. Ein einziger Staat würde ausreichen, wenn seine Institutionen auf demokratische Weise allen seinen Bürgern gerecht werden würden.

Herr Boroujerdi kommt auf Irans Atomprogramm zu sprechen, an dem seit nun mehr als 50 Jahre geforscht wird. Er wirft dem Westen, in erster Linie Frankreich und Deutschland, vor, bis vor der Revolution die Zusammenarbeit mit dem Iran gepflegt zu haben. Dabei sei damals der Energiebedarf noch deutlich kleiner gewesen als heute. Der Iran lässt wie bis anhin die Kameraüberwachung zu und ermöglicht damit die Transparenz des Programms. Trotzdem werfen die USA den Iranern vor, Atomenergie nicht ausschliesslich für friedliche Zwecke nutzen zu wollen. Der Iran besteht auf sein Recht auf Entwicklung und damit auch auf sein Recht auf Atomenergie. Er ist aber auch offen für vernünftige Alternativen, die ihm womöglich

die Grüne Partei der Schweiz anbieten könne, und Herr Boroujerdi ist interessiert an einem Workshop von Wissenschaftlern.

Die iranischen Beziehungen zur Schweiz bezeichnet Herr Boroujerdi allgemein als gut. Wirtschaftlich gesehen werden sie aber getrübt durch den Abbruch iranischer Geschäfte zweier Schweizer Banken (UBS und CS). Trotz der guten Beziehungen bedauert ein Beisitzender des Gesprächs die abnehmende Tendenz der Schweiz, eine Vermittlerrolle einzunehmen.

Treffen mit Herrn Jalili

am 3.2.2007 um 16:15 Uhr

Stellvertretender Aussenminister für Europa und Amerika

Herr Jalili bezeichnet die iranischen Beziehungen zur Schweiz als zufrieden stellend, aber nicht so lebhaft wie es wünschenswert wäre. Er stellt fest, dass, trotz des allgemein angenommenen Zusammenschrumpfens der Welt durch die Globalisierung zu einem Global Village, die Informationsflüsse zwischen den Staaten zu wünschen übrig lassen. Um durch diesen Mangel entstandene Missverständnisse zu beseitigen, möchte sich Herr Jalili der gegenwärtigen Schweizer Delegation für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stellen.

Bei der Frage zur iranischen Position zur Multipolarität auf der Welt, greift Herr Jalili auf mehr als ein halbes Jahrhundert iranischer Geschichte zurück. Er verurteilt die westliche Unterstützung des Staatsstreiches zugunsten eines Diktators, der auf eine 50 Jahre alte Bewegung zur Verstaatlichung des Öls folgte. 1979 konnte sich der Iran



mit der islamischen Revolution von diesem Diktator befreien und die Demokratisierung vorantreiben. Bis heute haben 28 Wahlen für die Präsidentschaft, die Legislative, den Expertenrat, nationale sowie kommunale Wahlen stattgefunden. Im Dezember 2006 war die Beteiligung sogar besonders hoch. In Bezug zur Multipolarität der Welt erstaunt es Herrn Jalili, dass die Haltung der USA zu den Demokratisierungsschritten im Iran stets negativ ausfällt. Er wirft den USA vor, Saddam Hussein, den Diktator des Nachbarlandes Irak, mit seinen chemischen Waffen unterstützt und die Schuld des Iraks am achtjährigen Krieg gegen den Iran

nie international anerkannt zu haben. Gleichzeitig verurteilt Herr Jalili den Abbruch der Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands bei der Entwicklung eines iranischen Atomprogramms. Sie würden Menschenrechtsforderungen erst seit Beginn der islamischen Revolution stellen, zu einem Zeitpunkt also, wo sich gerade die Demokratisierung in Gang setzt. Denn zu einem der obersten Ziele der Revolution würden die Menschenrechte zählen. So wie um die Bedeutung der Menschenrechte zu beweisen, erwähnt Herr Jalili den Abbruch der iranischen Beziehungen zum Apartheidstaat Südafrika und die iranische Unterstützung Palästinas. Dabei erklärt er Ahmadinejads Haltung, nämlich dass Besetzung und Macht nicht das Fundament eines Staates sein können. Im Iran gäbe es keinen Antisemitismus. Im Gegenteil, die 50'000 im Iran lebenden Juden seien durch zwei Parlamentarier vertreten. Auch die Minderheit der Armenier wird im Parlament vertreten.

Herr Jalili betont die starke Opposition gegen den Unilateralismus vor allem im Mittleren Osten aber auch in vielen Ländern Südamerikas. Der Schweiz als Vermittlerin schreibt er im Mittleren Osten eine bedeutende Rolle zu und bekräftigt, dass ihre Stimme in dieser Region gehört und ernst genommen werde. Dass sie nicht nur die Hamas sondern auch Israel verurteilt hat, verstärkt weiter ihre Rolle. Als problematisch sieht Herr Jalili jedoch den Rückzug der UBS und CS aus den iranischen Geschäften. 960 Milliarden \$ wären in den letzten 18 Monaten im Umlauf gewesen und ein solcher Verlust könne doch nicht im Interesse von Banken und auch nicht im Sinne der Schweizer Regierung sein.

Treffen mit Frau Dr. Fatemeh Vaez Javadi

am 4.2.2007 um 10:00 Uhr

Vize-Präsidentin des Umweltdepartements

Nach einem Exposé von Geri Müller über erneuerbare sowie fossile Energien stellen sich zwei Fragen. Erstens, ob der Report über den Klimawandel den iranischen Behörden bekannt sei, und zweitens, wie sich die iranische Energie-Strategie gestaltet.

Frau Javadi erklärt, dass der Iran an äusseren Druck gewöhnt sei. Trotzdem nimmt er eine wichtige Rolle in der Region ein. Als ein altes Land besitzt der Iran auch alte und langfristige Ideen zum Umweltschutz, die bis zu 3'000 Jahre zurückgehen. Es nehmen sich sogar Persische Dichter dem Thema an und wollen die Wissenschaft vorantreiben. Auch der Islam schreibt der Umwelt eine wichtige Position zu. Frau Javadi verweist dabei auf den Artikel 50 der iranischen Verfassung, der auf die Erhaltung der Natur abzielt und dafür alles für die Natur schädliche verbietet.



In der islamischen Republik Iran ist Frau Javadis Departement für alle Umwelt betreffenden Fragen zuständig. Die Republik ist bemüht, das Prinzip des DNA (designated national authority) anzuwenden und betätigt sich auch international an der Entwicklung des Umweltschutzes. Es existiert ein Programm zur CO2-Reduzierung, welches mit 4Mio. \$ jährlich finanziert wird und die

Umstellung auf andere Verbrennungssysteme fördern soll. Irans momentane Stromversorgung basiert hauptsächlich auf hydraulischen Methoden. Andere geförderte Alternativen bilden Wind- und Solarenergie.

Zu Geri Müllers Bedenken betreffend atomarer Abfälle bekräftigt Frau Javadi Irans Einhaltung der NPT-Obligationen. So wie viele europäische Länder hat der Iran das Ziel, möglichst viele negative Effekte auf die Umwelt so schnell wie möglich zu reduzieren. Frau Javadi lässt dabei auch Kritik am Westen und vor allem an den USA verlauten, die im Rahmen der Globalisierung einen Werteimperialismus betreiben und so sich ein „global village“ mit ausschliesslich westlichen Vorstellungen wünschen. Gegen das Prinzip der Menschenrechte sind die USA im Irak einmarschiert und haben, neben dem Anzapfen der Ölfelder, alles andere als Sicherheit gebracht. Es ist ein Widerspruch, selbst internationale Konventionen zu missachten, gleichzeitig aber andere Staaten daran zu erinnern, unbedingt die internationalen Obligationen zu befolgen. Iran ist deshalb nicht bereit, sich einem US-Diktat zu unterwerfen. Zudem, bemerkt Frau Javadi, kann nicht jemand von Menschenrechten sprechen, der selbst seine nuklearen Abfälle in Afrika zu entsorgen versucht.

Iran besteht als Mitglied des NPT- ganz besonders als ein Mitglied, das alle Obligationen erfüllt- auch auf sein Recht Atomenergie für friedliche Zwecke zu nutzen. Es mache weder politisch, ökologisch noch religiös einen Sinn die Atomenergie für Waffen zu nutzen. Schliesslich verlangte Kofi Annan an der UNEP-Konferenz in Dubai die Förderung grüner Energien, sprich Eigenenergien, und die Sicherstellung des Zugangs zu diesen Energien für jedermann ohne jegliche Diskriminierungen. Frau Javadi habe an dieser Konferenz in Dubai die Frage gestellt, ob nicht auch Atomenergie zu den grünen Energien gehört und wenn ja, weshalb dann dem Iran das Recht auf die Nutzung dieser Energie verwehrt bleiben soll. Keiner der an der Konferenz Beteiligten lieferte der iranischen Vize-Präsidentin des Umweltdepartements eine Antwort auf diese Frage.

Zum Schluss betont Frau Javadi Irans Bereitschaft zu Verhandlungen. Denn Krieg und Sanktionen können keine Lösung sein. Es bestehe sowieso bereits ein 28jähriges Embargo, dass Irans eigene Kräfte trotzdem nicht zu besiegen vermochte. Frau Javadi ist sehr an einer Zusammenarbeit mit der Schweiz interessiert und könnte sich daher auch einen Workshop zu Alternativenergien vorstellen.

Treffen mit Herrn Abbaspour

am 4.2.2007 um 11:30 Uhr

Vorsitzender der Bildungs- und Forschungskommission

Herr Abbaspour arbeitet, neben seiner Funktion als Vorsitzender der Bildungs- und Forschungskommission, als Universitätsprofessor.

Die Revolution habe ein „Bildungswunder“ erbracht, das sich heute durch drei Millionen Studenten, sowohl an öffentlichen als auch an privaten Institutionen, auszeichnet. Herr Abbaspour betont die verschiedenen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, die verschiedenen Formen des Bildungssystems, wie bspw. ein virtuelles System oder ein System der Korrespondenz.



Während für 15% der Studenten die Semestergebühren der Universität kostenlos sind, werden für den Rest die Gebühren dem Einkommen des Studenten angepasst. Anders verhält es sich auf der Primar- und Sekundarstufe, wo die iranische Verfassung kostenlose Schulen vorschreibt. Obwohl die Regierung auch private Schulen auf dieser Ebene unterstützt, handelt es sich bei 93% der Primar- und Sekundarschulen um öffentliche Institutionen.

Das „Bildungswunder“ hat sich auch auf den Anteil Mädchen ausgewirkt. Heute sind 65% der Studenten weiblich. An der medizinischen Fakultät ist der Anteil sogar noch höher. Die Anzahl Personen, die sich zu Lehrer ausbilden lassen, beträgt etwa eine Million. Der Frauenanteil macht dabei 50% bei den Grundschulen und 20-30% an den Hochschulen aus.

Das iranische Bildungssystem funktioniert ähnlich wie das amerikanische. Es gilt Punkte zu sammeln, die durch den Besuch verschiedener Lerneinheiten zu erreichen sind. Auf die Frage des theologischen Einflusses erklärt Herr Abbaspour, dass Kurse wie „Interpretation des Islams“ als freiwillige Einheiten angeboten werden. Es hat sich aber gezeigt, dass die meisten Studenten technische oder Sprachkurse bevorzugen. Besonders wird die seismologische Wissenschaft gefördert, die Bauspezialisten für Bauten in Erdbeben gefährdeten Regionen hervorbringen soll.

Im Allgemeinen besuchen wenige ausländische Studenten eine iranische Universität. Es gibt auch nur eine einzige Universität, welche diese aufnimmt. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten funktioniert jedoch ansonsten hervorragend. Es bestehen bspw. Kontakte zu britischen, deutschen und australischen Bildungsinstitutionen, wobei die Zusammenarbeit mit Österreich erst am Anfang steht.

Die islamische Revolution hat es geschafft, die Analphabetenrate von 60 % auf 10% hinunterzuschrauben. Das Regime ist sich aber bewusst, dass weiterhin Fortschritte nötig sind und versucht werden muss, die Schwierigkeiten, wie erschwerten Bildungszugang auf dem Land, abzubauen. Trotzdem würde vermutlich die Quote von 2-3% nie unterschritten werden.

Der Iran setzt sowohl auf qualitative als auch auf quantitative Verbesserungen. Dazu gehört auch die Förderung der Zusammenarbeit mit ausländischen Unis. Herr Abbaspour beurteilt die schweizerischen Hochschulen als sehr leistungsfähig und würde daher eine engere Zusammenarbeit auf dieser Bildungsebene begrüßen.

Treffen mit Herrn M.N. Roodaki

am 4.2.2007 um 18:00 Uhr

Vize-Präsident der Kommission für Nationale Sicherheit und Aussenpolitik

Zu Beginn des Treffens bedankt sich Herr Roodaki bei der Schweizer Delegation für die Haltung der Schweiz gegenüber Israel im Libanon-Krieg. Herr Roodaki erklärt den Aufbau der Kommission mit der Aufteilung in drei Komitees, welche für „Äussere Angelegenheiten“, für „Verteidigung und nationale Sicherheit“ und für „Innere Angelegenheiten“ zuständig sind.



Auf die Frage nach dem internationalen Beziehungsnetz des iranischen Parlaments erklärt er, dass verschiedene Freundschaftsgruppen bestehen. Der Kontakt zum palästinensischen Parlament zeigt sich beispielsweise in der Einladung für die palästinensischen Kollegen zu einer Konferenz in Teheran, welcher nachzukommen aber der palästinensische Parlamentspräsident in Israel verhindert wurde.

Das Gespräch führt zu den Beziehungen mit den USA und die Schweizer Delegation wird auf eine ev. mögliche Unterstützung des Schweizerischen Parlaments angesprochen. Die Idee wäre, Gespräche zwischen iranischen, US-amerikanischen und schweizerischen Parlamentariern zu führen, welche normalerweise den Regierungen überlassen werden. Es bestehe jedoch die Tatsache, dass einige iranische Parlamentarier sich gegen einen Dialog mit den USA aussprechen. Daher sei es auch noch zu früh, um über Verhandlungsbedingungen zu diskutieren. Fest steht, dass der Iran einen freien und ernsthaften Dialog als wünschenswert empfindet. Über die Reaktion auf und die Haltung zu dem Brief von vier US-Senatoren, die um eine Visite im Iran bitten, ist man sich nicht sicher und Herr Mohammadi erkundigt sich nach der Empfehlung der beiden anwesenden Schweizer Nationalräte.

Wie bei den meisten Treffen kommt auch bei diesem Kritik an den USA auf. Herr Mohammadi bezeichnet deren Politik seit 2001 als fehlerhaft. Als problematisch dabei nennt er auch, dass die USA den Dialog mit Syrien und Iran in Anbetracht des Irak-Krieges nicht gesucht haben.

Nach dem offiziellen Gespräch werden wir in eine Halle im Parterre geführt, wo ein bereits gedeckter Tisch steht. Es ist etwa 19:30 Uhr, das offizielle Dinner beginnt etwas verspätet, was zum einen auf die, durch Verkehrsstau verursachte, Verspätung zum Treffen und zum anderen auf die dem Dinner vorausgegangene angeregte Diskussion zurückzuführen ist. Auch Herr Botschafter Welti ist zum Essen eingeladen. Aber auch er verspätete sich, da sich der Regen in Strömen ergiesst und bereits Bäche zum Überlaufen bringt.

Beim Essen kommt das Thema der Parteien auf. Das iranische Parteiensystem sei nicht zu verwechseln mit einem westlichen, meint Herr Mohammadi. Das heisst, linke iranische Parteien vertreten nicht unbedingt die Ideologien und Programme, wie wir uns dies von westlichen Arbeiterparteien gewohnt sind. Im Iran werden die Reformisten mit Khatami als links orientiert bezeichnet. Der Präsident Ahmadinejad hingegen zählt zu einer rechten Partei. Im Zentrum stehen die neutralen und „Unabhängigen“. Einer von ihnen ist Rafsanjani - und wie er selbst zum Ausdruck gibt, auch Herr Mohammadi.

Zur Gesetzgeberfunktion des iranischen Parlaments ist soviel zu sagen, ohne dabei all zu fest dem Gespräch mit Herrn Hamedani vorzugreifen, als dass es für viele Gesetze eine Mehrheit erreicht hat, diese aber vom Wächterrat abgelehnt worden sind. Als Beispiel nennt Herr Mohammadi eine Vorlage, welche Schwangerschaftsabbrüche in bestimmten Fällen erlauben sollte. Das Parlament hat sich klar für die Vorlage ausgesprochen, doch hat der Wächterrat das Inkrafttreten dieses Gesetzes verhindert. Solche Beispiele sind auch ein Zeichen für die existierenden säkularen Bewegungen und Diskussionen, die es aber, wie Herr Mohammadi betont, schon immer gegeben hat.

Die Iraner sind mit der Idee universeller Rechte grundsätzlich einverstanden. Doch vermissen sie den Dialog darüber auf internationaler Ebene. Khatami habe bei einer UNO-Vollversammlung die Demokratisierung der internationalen Beziehungen gefordert und dabei zu einem Dialog aufgerufen, was jedoch von keinem UNO-Mitglied ernsthaft in Betrachtung gezogen wurde. Zudem seien im Iran, wie es der Koran vorschreibt, Mann und Frau prinzipiell gleichberechtigt. Es bestehen aber für beide Geschlechter im Alltagsleben gewisse Einschränkungen.



Treffen mit Herrn Ajideh

am 5.2.2007 um 10:00 Uhr

Stellvertretender Bildungsminister für Akademische Angelegenheiten

Herr Ajideh schildert die Bildungssituation mit einer Reihe von Fakten: Seit 1979 ist die Zahl der Gymnasiasten von 1 Mio. auf 5 Mio. gestiegen, mehr als 51% davon sind Mädchen. Wo es vor der Revolution 610 „technische Gymnasiasten“ gab, sind es heute 5500. Der Staat bietet 400 verschiedene Fakultäten (Disziplinen) und hat seit der Revolution elf Mal mehr Gymnasien erbaut.

Mr. Ajideh ist nationaler Bildungsminister auf der Primar- und Sekundarstufe, das heisst verantwortlich vor allem für die Gymnasien. Auf diesen Stufen bestehen hauptsächlich öffentliche Institutionen. Die wenigen privaten Gymnasien wurden meist von Einzelpersonen gegründet.

Es fällt auf, dass Iran eine tiefe Geburtenrate aufweist. Es stellt sich dabei Aussenstehenden die Frage, ob Geburtenkontrollen existieren. Herr Ajideh antwortet, dass obwohl die Geburtenrate nach der Revolution zwar sehr hoch war, ist sie mit der Zeit zurückgegangen. Die bestehende staatliche Familienplanung ist aber beschränkt und zeigt sich vor allem in einzelnen kulturellen Kampagnen. Strikte gesetzliche Vorschriften gibt es kaum.

Zur Diskussion der Rechte der Frau im Iran, die im Westen behandelt wird, meint Herr Ajideh, dass die Propaganda im Ausland ausschliesslich als politisch bezeichnet werden kann und dass sie sich nicht mit den Tatsachen im Iran überschneidet. Wie bereits erwähnt, ist die Zahl der weiblichen Gymnasiasten höher als der männlichen, genau so ist es an den Universitäten. Es wäre wünschenswert, wenn diese Schweizer Delegation diese Information in die Schweiz mitnimmt und sie dort weitergibt.

Nachdem viele Fragen iranischer Seite, u. a. zur Lehrerausbildung, an die Schweizer Delegation gestellt wurden, spricht Daniel Vischer die Beziehung zwischen Religion und Bildung an. Nach Herrn Ajideh bestehen fakultative Einheiten, die von den Schülern belegt werden können. „Interpretation des Korans“ ist ein solcher fakultativer Kurs. Die meisten Schüler besuchen aber hauptsächlich technische Kurse.

Betreffend Ethik in der Forschung bejaht Herr Ajideh ganz deutlich deren Existenz und interessiert sich auch für die Bedingungen, welche in der Schweizer Forschung gelten.

Herr Ajideh bedankt sich sehr für den Besuch und interessiert sich für eine Zusammenarbeit, möglicherweise im Rahmen eines Austausches.

Treffen mit Herrn Mohassel Hamedani

am 5.2.2007 um 15:00 Uhr

Vorsitzender der Rechtskommission

Nach der Begrüßung erklärt Herr Hamedani die Strukturen und Prozesse der iranischen Rechtssprechung. Er betont dabei den Koran als eine Quelle von Recht und bemängelt, dass in der westlichen Welt, der Einbezug der Spiritualität zu kurz kommt. Das heisst, Altes und Neues Testament liefern zu ungenaue Angaben bezüglich der Durchsetzung von Gesetzen im Alltag, als dass sie als Grundlage eines Rechtssystems bestehen könnten. Zudem ist die Bibel einige Male verändert worden und das normale Volk besass keine Kenntnisse über den genauen Inhalt des Textes, dies ganz im Gegensatz zum Koran.

Das iranische Rechtssystem kennt insgesamt drei Quellen des Rechts. Neben dem Koran, gelten der Konsens und die Vernunft. Diese stehen nie im Widerspruch zum Koran, sondern sind immer komplementär. Es ist also festzuhalten, dass das Recht des Korans immer vor positivischem Recht zum Tragen kommt.

Der islamische Jurist muss in der Lage sein,

Opfer und Angeklagten in einer Weise zu abstrahieren, dass keine Vorurteile mehr möglich sind, er muss die genauen Gesetze des Korans kennen und gerecht walten. Herr Hamedani ist überzeugt, dass das iranische Gericht diesen Bedingungen gerecht wird und dass somit von einem heiligen Urteil gesprochen werden kann. Dieses Urteil kann aber zweimal angefochten werden. Zum einen kann eine Partei gegen das Urteil protestieren und zum anderen muss das Urteil revidiert werden, wenn zwei Richter das Urteil anzweifeln. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

Die Rechtskommission besteht aus 23 Parlamentariern, die die Aufgabe haben, Gesetze für die Regierung zu kontrollieren und zu ratifizieren. Eine wichtige Rolle kommt dem Wächterrat zu, der die vom Parlament beschlossenen Gesetze auf die Konformität mit dem Koran überprüft. Gleichzeitig ist ein weiteres Organ, der Expertenrat, befähigt, gewisse Gesetze für gewisse Zeit in Kraft treten zu lassen.

Auf die Frage Daniel Vischers bezüglich der Existenz Körperverletzender Strafen reagiert Herr Hamedani erst einmal mit Kritik an der Politik des Westens. Er nennt die Todesstrafe in den USA und ihre Invasion im Irak zusammen mit Grossbritannien und Frankreich. Er bestätigt aber die Existenz der Todesstrafe und ihre religiöse Legitimation, vor allem bei absichtlich geplantem Mord. Trotzdem appelliere der Islam an die Vergebung und nicht an die Rache. So werde im Iran die Todesstrafe



nur selten ausgeführt. Die Verurteilung Salman Rushdies, welche im Westen für grossen Wirbel sorgte, habe dagegen nichts mit dem Staat, bzw. der Regierung zu tun. Seine Todesstrafe wurde durch einen Geistlichen als fatwa ausgesprochen.